

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mehnert'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 261.

Neuenbürg, Dienstag, den 7. November 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 3. Nov. (Das Schutzpolizeiamtengesetz.) Da den Landtag heute der Entwurf eines Gesetzes über die Schutzpolizei vorgelegt ist, machte Ministerialrat Scholl den Verweirer der Beschlüsse eingehende Mitteilungen über das neue Gesetz. Vor dem Krieg hatte die Polizei das Recht im Rücken. Durch den Friedensvertrag ist jedoch das deutsche Recht auf ein Minimum beschränkt, so daß die Polizei auf sich selbst angewiesen ist. Die staatliche Ordnungspolizei ist die Schutzpolizei. Sie neben ihrer stehenden blauen Polizei wird durch das Polizei-Verkaufsgesetz verstaatlicht und kommt als staatliche Polizei für den Spezialdienst in Betracht. Das Schutzpolizeigesetz wurde in seinen Grundzügen in einem Reichstagesgesetz vom Reich geregelt, das ja auch vier Fünftel der Mittel für die Schutzpolizei ausbringt. Danach sind die Beamten der Schutzpolizei auf Zeit, öffentlich rechtlich angestellt und müssen nach 12 Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Die Württ. Regierung hat im Polizeiverwaltungsgesetz die Angehörigen der Schutzpolizei als Beamte behandelt, die dem Beamtenrecht unterliegen. Wesentliche Abweichung bringt das Schutzpolizeiamtengesetz nur im Disziplinarverfahren. Während bisher die Offiziere aus anderen militärischen Abteilungen und Beamten kategorien übernommen wurden, sollen sie in Zukunft in der Truppe selbst ausgebildet werden. Jeder Schutzpolizeibeamte hat die Möglichkeit, Offizier zu werden. Es werden Offiziersanwärter-Listen aufgestellt für die Ausbildung. Da die Schutzpolizei hauptsächlich als größere Truppe Verwendung findet, ist sie größtenteils in Kasernen untergebracht. Dadurch wurde es nötig, die Beamten an die Heiratsverbots zu binden. Außerdem ist die politische Betätigung im Dienst und der Besuch sozialer Versammlungen in Uniform verboten. Da die Entlassung der bisherigen Uniform Anstoß nahm, erhalten die Schutzpolizeibeamten jetzt eine neue Uniform. Die Dienstbezüge werden durch das Besoldungsgesetz geregelt. Die Beamten sind auf 12 Jahre verpflichtet, hernach werden sie entlassen. Ungeeignete können während der Ausbildungszeit entlassen werden. Dagegen anderweitige Entlassung kann nur aus Disziplinargründen erfolgen. Doch sind die Leute gegen rückwärtslose Dienstentlassung geschützt. Der Bestrafte kann bei einer Disziplinarverfahren Berufung einlegen. Die Polizeioffiziere sind verwaltungsrechtlich. Bei der Verjüngung wird vor allem darauf gesehen, daß möglichst viele Schutzpolizeibeamte nach ihrer Entlassung in der sog. blauen Polizei untergebracht werden. Die Abhängigkeit erfolgt nach den Grundzügen des Reichswehrmilitär-Verordnungsgesetzes.

Stuttgart, 5. Nov. Der Finanzausschuss hat die für Anhalten der Jugendfürsorge vorgelegenen Staatsmittel von 10.000 auf 850.000 Mark erhöht. Bezüglich der Brennholzversorgung für 1923 tritt das Arbeitsministerium für Zwangsbeschaffung und Erfassung des Bedarfs ein, während die Forstverwaltung die freie Verfügung über das anfallende Brennholz beibehält; es werde sich für die Aufbringung der erforderlichen 976.000 Hektometer verbürgen. Die sozialistischen Ausschussmitglieder waren für Zwangsbeschaffung. Die bürgerlichen Parteien dagegen richteten an die Regierung in Aufforderung, durch angemessene Heranziehung der Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen für die nötigen Beschaffungen Sorge zu tragen. Der Finanzminister erklärte, es seien seine Verhandlungen des Finanzministeriums, dem die Staatsforstverwaltung untersteht, mit dem Arbeitsministerium erledigt. Die Angelegenheit wurde demgemäß vertagt.

Berlin, 5. Nov. Heute vormittag wurde im Auswärtigen Amt der Vertrag über die Erweiterung des Abkommens von Rapallo auf die Sowjetrepublik verbündeten Republik Albanien, Georgien, Aserbeidschan und Tschita unterzeichnet.

Der Milliardenkredit für die Landwirtschaft.
Der landwirtschaftliche Hauptverband verbreitete unter der Leitung des „Milliardenkredit für die Landwirtschaft“ eine Mitteilung, wonach im Ernährungsministerium in Anwesenheit eines Vertreters des Finanzministeriums eine Beratung über die Gewährung eines Kredits im Betrage von einer Milliarde Mark an die landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzorganisationen stattgefunden habe. Wie aus der zuständigen Seite mitgeteilt wird, fand in Wahrheit lediglich eine unverbindliche Besprechungsart über die Frage statt, ob und auf welche landwirtschaftliche Organisation die Gewährung eines Kredits zur Beschaffung bestimmter Waren nach demselben Vorgang veranlaßt werden soll. Der Betrag, der in Frage kommt, steht in keiner Weise fest; nur eine Milliarde kann es sich keinesfalls handeln. Nach sonst enthält die Mitteilung eine Reihe von Unrichtigkeiten, von denen nur hervorgehoben werden mag, daß die Vertreter des Finanzministeriums nicht teilgenommen haben.

Dr. v. Arnimling künftiger bayerischer Ministerpräsident.
München, 4. Nov. Heute vormittag hat der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sowohl dem Reichstagspräsidenten der Bayerischen Volkspartei als auch dem Reichstagspräsidenten der Bayerischen Volkspartei offiziell mitgeteilt, daß die Bayerische Volkspartei den Kandidaten v. Arnimling für den Posten des Ministerpräsidenten aufgestellt und sich dieser zur Annahme der Ministerpräsidentenwürde bereit erklärt habe.

Der von Arnimling, 55 Jahre alt, katholisch, Kreisoberbürgermeister von Arnimling, Sohn eines Hausmeisters, durch den Verzicht der Bayerischen Krone geadelt, ist ein tüchtiger Verwaltungsbeamter und war schon im Ministerium des Reichsministerpräsidenten. Er war in diesem konservativen Zentrumskreis ein Mitglied der einflussreichen Liberalen, wußte sich aber anzupassen. Nach der Revolution trat er zur Bayerischen Volkspartei über.

Im den Reichstagen.

Berlin, 4. Nov. Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften fanden am 4. November eine Vertretung zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel erörterten Frage der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Regelung darzulegen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß sie durch eine einseitige Behandlung dieser Frage durch die Unternehmer zur Sicherstellung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verwahrten sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, als sei die Steigerung der Produktion lediglich eine Frage der Arbeitszeit. Sie werde vielmehr bedingt durch die verschiedensten Faktoren, insbesondere müßten die Unternehmer selbst durch die Art ihrer Wirtschaftspolitik mehr als bisher produktionssteigernd wirken. Die heutige Politik der Kartelle und Trusts verändere tatsächlich die volle Ausnutzung der produktiven Kraft und schädige die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Sehr zu beklagen sei, daß auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Produktionssteigerung nicht genügend ausgenutzt würden. Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß nur Steigerung der Produktivität es sei, Abweichen vom Grundgedanken des Achtstundentages bedürfe. Auf dessen Boden seien die Gewerkschaften dazu bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionssteigernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zuzusagen zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die schwebende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnung trage, daß sie sich gründlich auf den Boden des Achtstundentages stelle und gewisse Ausnahmen für Notfälle vorbehalte, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtvolkes Wege zu tun. In diesem Zusammenhang erwünschte den Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Beilegung und Beratung der Arbeitszeitgesetze mit den Tarifverträgen, dem Arbeitsgerichtsgesetz und der Schlichtungsordnung notwendig.

Der Reichsarbeitsminister begrüßte diese Aussprache und betonte, daß die Reichsregierung dazu entschlossen sei, die sozialpolitischen Bedingungen der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren. Ebenso ernst aber sei die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk und das deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie eine Aufgabe der Außenpolitik, erfordere aber andererseits auch alle erdenklichen Anstrengungen im Inneren und nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Rettung und Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher, einer Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Regierung gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

Geplante Verhandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe.
Nachdem die Verhandlungen im Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker ergebnislos verlaufen sind, trat am Samstag ein vom Reichsarbeitsminister eingeleiteter Schlichtungsausschuss zusammen. Nach dem Schiedsbruch sollen die Wochenslöhne im Buchdruckgewerbe vom 5. bis 18. November um 55 Prozent, und vom 19. November bis 1. Dezember um 70 Prozent gegenüber den Oktoberlöhnen erhöht werden. Dieser Schiedspruch, der im Spitzenlohn eine Erhöhung um 2648,25 bzw. 3370,50 Mark bedeutet, wurde von den Arbeitgebervertretern nach eingehender Beratung einstimmig abgelehnt, weil sämtliche aus dem Reich anwesenden Tarifkreisvertreter bei der gegenwärtigen katastrophalen wirtschaftlichen Lage des deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbes eine derartige Mehrbelastung des Gewerbes nicht verantworten könnten.

Ausland.
Mussolinis eigener Vesen.
Rom, 5. Nov. Mussolini überraschte den Ministerrat mit einem vollständigen Regierungsprogramm, das die seit vier Jahren ungelösten Aufgaben in Angriff nimmt und den gemeinsamen Umkehr der bisherigen parlamentarischen Weisheit bedeutet. Alle unnützen Ämter der Ministerien und Behörden werden abgeschafft, desgleichen unrentable Staatsmonopole, Eisenbahnen, Schifffahrt, Post, Telegraph und Telefon, soweit sie mit einem Fehlbetrag arbeiten, werden entstaatlicht, um das Interesse des Personals an dem Gelingen wieder zu erwecken. Die umfassende Finanzreform sieht die Abschaffung der Rentenpapiere und die Einschränkung der Eurenans vor. Mit der Umkehr des Unterbringens von Parteifreunden in Staatsstellen wird rücksichtslos gebrochen, so daß also die Posten keinen persönlichen Vorteil aus dem Amtszug ziehen können. Für den 4. November sind zwei große Siegesfeste vorgesehen. Die Eröffnung von Kammer und Senat ist auf den 16. November festgesetzt.

Keine Demission des Grafen Sforza.
Paris, 4. Nov. Der italienische Vorkämpfer Graf Sforza hat gestern abend Paris verlassen, um den von Mussolini gewünschten Besuch bei der neuen Regierung in Rom abzusagen. Auf dem Bahnhof erklärte er den französischen Pressevertretern, daß er auf seinen Posten verbleibe und nach Paris zurückkehren werde. Sein Abschiedsgesuch sei ein Mißverständnis gewesen. Er habe gefürchtet, daß er als früherer Minister des Kaisers, durch die Politik, die er geführt habe, es der jetzigen italienischen Regierung erschweren werde, ihm ihre Instruktionen zu geben.

Die Flucht vor Mussolini.
Wie dem Ullein-Montagsblatt über Mailand gemeldet wird, ist der kommunistische Abgeordnete Bombacci nach

Deutschland abgereist. Auch der Südtiroler Abgeordnete Graf Tognenburger und der sozialdemokratische Abgeordnete Komit haben Italien verlassen. Gerade die Flucht des Grafen Tognenburger sollte unsere reichsdeutschen Volksgenossen allmählich nachdenklich stimmen.

Eine Vorkonferenz.
Paris, 5. Nov. Wasas teilt halbamtlich mit: Die der Brüsseler Konferenz vorangehende Vorkonferenz soll die Beratungen zwischen den Ministerpräsidenten von Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien vorbereiten. Die Vereinigten Staaten hätten wissen lassen, daß sie bereit seien, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen, um die europäischen Finanzprobleme zu beraten. Sie verlangten jedoch, daß die Frage der interalliierten Schulden nicht angeschnitten werde. Nach dieser Richtung sei es leicht, dem Wunsch Amerikas zu entsprechen, da man jede Entscheidung in bezug auf die amerikanischen Forderungen aufgeben könne. Die Verhandlungen, die im August in London geführt worden seien, hätten tatsächlich bewiesen, daß eine Gesamtregelung, die sich auf die Reparationen und die Kriegsschulden erstreckt, erforderlich sei. Die offizielle Erklärung Boinardes, daß er zu einer derartigen Aussprache bereit sei, besähe noch. Die gleiche Bereitschaft sei bei den Belgiern vorhanden, die als alte Verteidiger der Kompensierung der deutschen Schuld durch die interalliierten Schulden zu bezeichnen seien. Die Haltung Italiens sei nicht zweifelhaft. Was England betreffe, so scheine es nicht abzuwarten zu wollen, bis die Wiltson, die es nach den Vereinigten Staaten entsenden werde, das Versprechen des Ausgleichs mit den Kriegsschulden erzielt habe. England schulde Amerika 19 Milliarden Goldmark. Seine Forderungen gegen Deutschland und die Alliierten beliefen sich auf insgesamt 69 Milliarden. So bleibe also noch eine vorwiegende Möglichkeit zu Verhandlungen, selbst wenn man jede Entscheidung über die amerikanischen Forderungen zurückstelle. Unter diesen Umständen scheine die interalliierte Konferenz von Brüssel mit einiger Lust auf Erfolg jene Kandidatur der europäischen Fassen in Angriff nehmen zu können, wovon man eine heilsame Wirkung auf den Kredit Deutschlands erwarten könne.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 6. Nov. (Ein offenes Wort an die Post.) Schon im September oder noch früher konnte man in den Zeitungen lesen, daß die „Germania-Marken“ eingezogen werden sollten; trotzdem erhielt der Schreiber dieser Zeilen vom Postamt Neuenbürg noch im Oktober keine andere als „Germania-Marken“, worüber er sehr erstaunt war. Nach größerer aber war keine Verwendung, als diese „Germania-Marken“ schon am 6. November auf dem Postamt nicht mehr zum Umtausch angenommen wurden. Hatte das dem Publikum von amtlicher Seite aus nicht zur rechten Zeit bekannt gegeben werden können? Denn das Umlösblatt der Post kann doch für die Allgemeinheit — weil hier nicht zugänglich — auch nicht maßgebend sein. Uebrigens erhielt der Empfänger noch einen am 3. November ausgegebenen Brief von auswärts, der mit lauter „Germania-Marken“ frankiert war, ohne daß ein Strafporto erhoben worden wäre. Jemand anders im Lande Württemberg läßt man also sogar noch die Frankatur mit „Germania-Marken“ zu und in Neuenbürg tauscht man sie nicht einmal mehr um. Ueberhaupt liegt es die Post in letzter Zeit, wo doch so viele Veränderungen im Wort und dergleichen getroffen wurden, an den nötigen Veröffentlichungen in den Bezirksblättern fehlen. Warum? Dieses Recht darf doch das zahlende Publikum noch für sich in Anspruch nehmen, daß ihm wichtige Neuerungen rechtzeitig bekannt gegeben werden, um vor unnützen Ausgaben und Verlusten bewahrt zu bleiben.

Calmbach, 6. Nov. Am Sonntag, den 29. v. Mts., beging der hiesige Liedertanz unter Entbaltung einer würdlich kunstvoll ausgeführten Gedächtnisfeier die Gedächtnisfeier seiner im Weltkrieg 1914—18 gefallenen Sangesbrüder. Die Feier begann um 3 Uhr nachmittags mit dem Chor „Seimat“, worauf der Vorstand mit kurzen Worten die erkrankenen Gäste begrüßte und nach Verlesen der Namen der 8 Gefallenen die festlich geschmückte Tafel entfaltete. Anschließend hieran kam noch der Chor „Stamm schläft der Sängler“ zum Vortrag, worauf Herr Pfarrer Schwarzmaier das Böhium betrat, um die Gedächtnisrede zu halten. In ergreifenden Worten gedachte er der Toten, aus deren Acheln in besseren Tagen frohe Wiederhallen. Durch weitere Vorträge verschiedener Chöre, nahm die Feier einen würdigen Verlauf, doch leider ließ die Teilnahme der Einwohner sehr zu wünschen übrig. Sollte dies auf Interessenlosigkeit zurückzuführen sein, so wäre es sehr bedauerlich, denn jedenfalls ist es auch heute noch nicht mehr als billig, unsere Toten, die für die deutsche Vaterlandsliebe absolut nicht verantwortlich gemacht werden können, zu ehren. — Das Aufstellen und Dekorieren der Tafel übernahm zu Ehren der Gefallenen das Ehrenmitglied Bild. Josef, Kunst- und Handelsgartner, hier. Ihm, sowie Herrn Pfarrer Schwarzmaier sei für ihre Liebenswürdigkeit an dieser Stelle herzlich gedankt.

Württemberg.
Stuttgart, 6. Nov. (Die Verhandlungen zwischen Kräfte und Krankenkassen sind geendet.) Von der Deutschen Nationalen Krankenkasse wird mitgeteilt: Der Vertrag der Kräfte mit dem Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen ange-schlossenen Krankenkassen ist weder getündigt noch sind die Ver-

Nicht ein einziger Kurort...
...aber ganz oben...
...glücklich, endlich die...
...Dies außerordentliche Schicksal...
...was alles über die Behandlung...
...Deutsch in Deutsch...
...gerichtet wurde! Entwerfer...
...er aber, die Eingeborenen...
...wie es geübt ist...
...die Deutschen beruhigen...
...große Achtung vor ihnen...
...einander haben. Ich überzeuge...
...! Wir bilden uns immer...
...fein, die kolonialen...
...die Sache umgekehrt...
...Empfang gefunden hätten...
...trag raubt uns die Kolonien...
...wir hätten die Eingeborenen...
...olonien müßten „fortgeschritten“

Deutsch-Südwestafrika.
Im früheren Deutsch-Est...
...aus Windhof, das bei...
...schwit: „Am sichersten...
...ung hat. Der selbständige...
...mer ist übel daran. De...
...und die Geschäfte müßten...
...nde eintreiben, wobei man...
...Wie ist fast wertlos. Ein...
...3 Hund kaufen. Schlacht...
...deutsche Landwirtschaft...
...et worden, doch arbeitete...
...t viel Schwierigkeit, von de...
...n. Zwar bemüht sich unse...
...farmern ihre Lage zu en...
...inde durch die Regierung...
...in gebührender Weise an...
...e. In nächster Zeit soll...
...richtet werden, die Mühl...
...en soll. So wird schon...
...ungsbetriebe in der Wolf...
...ll vergrößert und verbesse...

Verkauf.
verkauft zwei zum Sprung...

Angebot an...
...11. ds. Mts. bis...
...iden.

Gemeinderat.
de Calw.
Bieh- und...
weinmarkt

8. Nov. 1922.
Ergebnisse sind mitzubringen...
222.
Schultheißenamt.
Göhner.

Sparverein
u. Ang.
verein.)
...die die Mark immer

Anteile
Verband württ. Konsum...
...von 2000 Mark...
...der im Dezember...
...Ablieferung zur Genü...
...bitten wir unsere...
...möglichst umgehend in...
...an unsere Vertrau...
...wird mit 5% vergi...

4. November 1922.
ung.
...den Beweise herzlicher...
...meines lieben Gatten...
...rs, Schwiegeraters...
...Dankes

Treiber
...Hinterbliebenen.

Reichsregierung werde ersucht, diese Maßnahmen nunmehr durchzuführen. Die Reparationskommission stelle ferner an die deutsche Regierung das Ersuchen, der Kommission sobald neue präzise Vorschläge über Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und zur Verringerung der schwebenden Schulden zu machen. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt allerdings, daß weitere Erörterungen nicht mehr in Berlin, sondern in Paris oder in Brüssel stattfinden werden und daß der Termin für die Abreise der Delegierten der Reparationskommission Donnerstag sein werde. Wie mehrere Blätter melden, wird die Reichsregierung heute vormittag zur Beratung der Antwortnote der Reparationskommission zusammentreten und die von der Kommission gewünschten weiteren Vorschläge erörtern. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Reichskanzler die Führer der politischen Parteien für Mittwoch zu einer informativem Besprechung über den Stand der Reparationsfrage eingeladen. Der auswärtige Ausschuss des Reichstags wird auf Freitag vormittag einberufen werden.

Mussolini an das italienische Volk.

Rom, 5. Nov. Die Regierung Mussolinis erläßt anläßlich des vierten Jahrestages des Sieges von Vittorio Veneto folgende Botschaft an das Volk: „In Erinnerung und zur Feier des großen Sieges unserer Waffen möge sich die Nation wiederfinden und die Notwendigkeiten der harten Gegenwart erkennen. Die Regierung trachtet zu regieren und sie wird regieren. Alle ihre Energie wird darauf gerichtet sein, den Frieden zu sichern und das Ansehen der Nation im Ausland zu heben. Nur durch Arbeit, Disziplin und Einigkeit wird das Vaterland die Krise überwinden und einer Periode des Geblühens und der nationalen Größe entgegengehen.“

Barthou erwartet weitreichende Vorschläge.

Paris, 6. Nov. Eine Havas-Depesche meldet aus Berlin, daß Herr Barthou am Sonntag mittag nach seiner Besprechung mit den deutschen Vertretern erklärt habe: Wir hatten heute eine kurze Zusammenkunft, um die neuen Schriftstücke der deutschen Regierung entgegenzunehmen, aber man überreichte uns nur Notizen über das Budget. Wir erwarten neue und genauere Vorschläge. Wir werden mit den Vertretern der deutschen Regierung Montag wieder zusammenkommen.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 7. Nov. In der gestrigen Generaldebatte über das Budget stellte der Sozialistenführer Blum mit Bedauern fest, daß die Besetzung der Rheinlande bis jetzt die Gesamtheit der deutschen Zahlungen verschlungen habe und erklärte, Deutschland werde erst wieder Vertrauen zu sich selbst bekommen, wenn

es bemerkt werde, daß man im Ausland seine Lage unparteiisch, so wie sie sei, beurteile. Er glaube nicht daran, daß eine internationalisierte Kontrollmaßnahme den Ausgleich des deutschen Budgets sicherstellen könne, weil der Wert der Mark nicht stabil sei. Um die Mark zu stabilisieren, müsse man die Inflation einstellen. Um das deutsche Geld zu valorisieren, genüge es nicht einmal, über die Goldreserven der Reichsbank zu verfügen. Hierzu sei eine ausländische Geldhilfe nötig. Das Reparationsproblem könne nicht mehr durch Frankreich oder Deutschland geregelt werden; alle Nationen der Welt müßten angefaßt der gemeinsamen Gefahr die erforderliche Maßnahme ergreifen, nämlich die Ausgabe eines internationalen Geldes, das in allen Staaten kursfähig sei. Der Redner ist überzeugt, daß alle von der Katastrophe bedrohten Nationen ein Interesse daran haben, eine Kreditanstalt aufzubauen zu einer Valorisierung aller Währungen. — Darauf wurde die Generaldebatte auf heute vertagt.

Bestätigung der englisch-französischen Entente auf Kosten Deutschlands.

London, 6. Nov. Der diplomatische Berichtshatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Absicht der belgischen Regierung, die Reparations- und Schuldenkonferenz zum 5. Dezember nach Brüssel einzuberufen: Anscheinend sprach der belgische Botschafter in der vergangenen Woche bei Lord Curzon vor, um ihn über die wahrscheinliche Haltung Bonar Law und seiner Kollegen gegenüber der geplanten Brüsseler Konferenz zu befragen. Auf die bedeutsame Unterredung hin, die Bonar Law am Mittwoch mit dem französischen Botschafter hatte, entschied man sich nunmehr verlässlich für eine baldige Konferenz. Bei dieser Unterredung würden die englisch-französischen Beziehungen, jedoch hauptsächlich das Reparationsproblem, erörtert. Bonar Law drückte die Sympathie und Verehrung aus, in dieser wie anderen lebenswichtigen Fragen mit Frankreich zusammenzuwirken, legte jedoch dar, daß er, bevor das Ergebnis der kommenden Neuwahlen feststehe, keine endgültige politische Linie angeben könne. Auf französischer Seite habe man jedoch anscheinend Grund zu der Annahme, daß, wenn die Neuwahlen die gegenwärtige englische Regierung bestätigen, Bonar Law, bevor er sich mit dem Schatzkanzler nach Brüssel begeben werde, eine private Beratung mit Poincaré haben werde. Sie werde aber nur zu einem vorläufigen grundsätzlichen Übereinkommen und zu dem Beschluß führen können, daß die beiden auswärtigen Minister eine umfassende Prüfung aller ausstehenden Punkte vorzunehmen, um eine neue Bestätigung der Entente zu erzielen.

Griechenland auf der Suche nach Hilfe für Lausanne.

Wie „Petit Parisien“ aus Belgrad meldet, ist der griechische Außenminister gestern abend dort eingetroffen, um sich durch

Unterhandlungen die Unterstützung der jüdischen Wehr für die Konferenz von Lausanne zu sichern.

Ueberführung des Sultans nach Indien?

Paris, 6. Nov. Der Sonderberichtshatter des „Petit Parisien“ berichtet aus Konstantinopel vom 5. November, die Absicht des Sultans sei unverändert. Der Sultan weigere sich, Titel Kaiser abzulegen. Die Ruhe und Entschlossenheit, die angeblich an den Tag lege, stimme so wenig mit seinem Wohlwollen überein, daß man sicher sein könne, er habe sich bei Überführungen seitens der Engländer erhalten. Der Sultan erkläre, daß er der Verleumdungen überdrüssig sei, und wolle die Presse von Angora bedecken und daß er das Land verlassen wolle, um sich nach Indien zu begeben, wo die Engländer vor ihm große Achtung hätten. Nach Konstantinopel Meldungen, die über Bern eingegangen sind, soll der Sultan versucht haben, die Stadt zu verlassen, woran er jedoch durch die Bevölkerung verhindert worden sein soll.

Nach einer Havas-Meldung aus London sollen in England und verschiedenen anderen Ländern von Konstantinopel wahlartige Kundgebungen stattgefunden haben, bei denen Verwundete und sogar Tote gegeben habe. Bei einem Zusammenstoß zwischen der englischen Polizei und türkischen Demonstranten wurde ein englischer Polizist getötet und zwei verwundet. Vier türkische Demonstranten wurden ebenfalls verletzt. Weiter wird gemeldet, daß die türkische Gendarmen in die Zone von Tschankal eingedrungen sei. Diese Meldung wird von dem Berichtshatter des „Petit Parisien“ in Konstantinopel bestritten.

Konstantinopel, 6. Nov. Der Vertreter Angoras bei alliierten Oberkommissaren eine zweite Note überreicht, in der erklärt wird, Kriegsschiffe aller Nationalitäten müßten im Dardanellen zur Durchfahrt durch die Dardanellen nachgelassen und im Hafen die neue türkische Regierung grüßen. Eine weitere Note fordert den Betrieb der Eisenbahn durch den Suezkanal. Ueber die Abdankung des Sultans besitzt man noch keine weiteren Nachrichten, man nimmt aber an, daß von den ersten Behörden Maßnahmen zum Schutze des Sultans und Kronprinzen getroffen werden.

Die größte Auswahl in
Kindermagen, Klapp-Sportwagen
 in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle
Koffer und Lederwaren
 in gebiegender Ausführung laufen Sie billig
Wilh. Bross, Pforzheim
 Ecke Zerr-Verstrasse und Baumstrasse

Gedenket der Krankenanstalten.

Die ungeheure Teuerung lastet nächst den Einkommenslosen wohl am schwersten auf den Krankenanstalten. Krankheit und Not stehen nebeneinander. Die Teuerung treibt die Verpflegungsgelder ins Unerreichliche und die Zahl der Kranken und Heilungsuchenden wird zwangsläufig zurück gedrängt, weil die Kosten nicht mehr aufzubringen sind. Adante von dem heutigen Erntesegen nicht auch ein wenig freigemacht und zur Linderung der Not und zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse unseres Bezirkskrankenhaus bereitgestellt werden. Wir appellieren an den Wohlwollenssinn aller derer, die übrig haben und bitten herzlich um Anwendungen. Vielleicht finden sich mildtätige Menschen, die eine Sammlung einleiten.

Neuenbürg.

Kaufe

und zahle höchste Preise für sämtliche Kleintierfelle. Gerben von Fellen aller Art zu Pelzen und Fußteppichen. Annahme von Fellen zu Oberleder in Chrom- und Lohgar.

Chr. Dietrich, Turmstraße.

Neuenbürg.

Geform-Brifetts

sind eingetroffen und werden morgen abgegeben bei
Carl Pfister.

Neuenbürg.

Lüchtiger Saffer

zum baldigen Eintritt gesucht.
Bijouteriefabrik Aug. Blenz.

Amtliche

Taschen-Fahrpläne

für den Winterdienst 1922/23
 kleine gelbe Ausgabe 70 Mark
 große rote Ausgabe 180 Mark
 mit den wichtigsten Anschlußstellen in Baden, Württemberg, Posen, Pommern und der Schweiz sind vorrätig in der
E. Meck'schen Buchhandlung, Neuenbürg
 Inh.: D. Strom.

Alldeutscher Verband Ortsgruppe Neuenbürg.

Mittwoch, den 8. November, abends 8 Uhr,
 im Gasthaus zur „Sonne“ in Neuenbürg

Vortrag Zeidler:

„Nur Klarheit und Wahrheit kann uns retten.“

Bürger und Arbeiter sind herzlich willkommen. Das Thema ist für alle wichtig.

Eintritt frei!

Kein Trinkzwang!

Altmetalle

werden zu den Höchstpreisen angekauft:
 Kupfer 800 M per Kilo,
 Messing 600 „ „ „
 Zink 450 „ „ „
 Blechner bevorzugt.

Rostzial, Pforzheim, Klostermühlgasse 6,
 Telefon 2681

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahltagstaschen, Aufklebadressen, Programme, Visiten, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, : : : Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. : : :

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Engländer“-Druckerei in allen Arten von

Drucksachen!

Kunstliche Anzüge

ausgestellt von der Kaufmanns-Beier & Glend, Karlsruhe, S.			
3. Proj. Kriegsanleihe	77%	Kölnen St. St.	4500
4. „ „ „	80%	Reichsbank	3500
5. „ „ „	—	Karbb. V. d. B.	—
6. „ „ „	—	Währungs St.	—
7. „ „ „	—	Kab. Anl. u. G. d. B.	7500
8. „ „ „	—	Deutsche St. St.	8500

Reise Schweiz 1 Reus = RM. 1210.—
 Goldm. 1 Gulden = RM. 2580.—

Schuhmacher

auf Heimarbeit sucht
Gottfr. Hummel.

Christophshof.
 Eine starke

Kalb

samt Kalb steht dem Verkauf aus
Albert Schraff.

Gänse

10-12 schone
 22er Brut, zu verkaufen.
Red, Tammühle
 bei Calmbach an der Eng.

Weiche mit
Henko
 die
 Wäsche
 ein!
 Henko, Henkel's
 Wasch- und Bleich-Soda,
 altbewährt für Wäsche
 und Hausputz.
 Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.
 DÜSSELDORF.

Zimmer.

Beamter, 27 Jahre
 sucht in Neuenbürg für spätestens
 1. Dezember ein heizbares,
 elektr. Beleuchtungsseinrichtung
 versehenes und womöglich
 sonniger Lage befindliches
 Zimmer zu mieten.
 Angebote unter Chiffre A. 1
 an den „Engländer“.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendliches
 Aussehen und ein reiner, zarter Teint.
 Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd-Felle
 die beste Linsenmilchcreme-
 Farsor macht „Dada-Creme“
 reif und spröde Haut weis
 sammetweich. Zu haben in d. A.
 theken, Drogerien u. Parfümerien
 in Neuenbürg: A. Lothmann
 Karl Mahler, Seltensfabrik

Felle

jeder Art werden zu den höchsten Tagespreisen gekauft
 ebenso gebräunte

Mehl-Säcke.

Rostzial, Pforzheim, Klostermühlgasse 6
 Telefon 2681.

Neuenbürg, 7. Nov.
 Angeregt war den
 met, welche für die ver
 ladung, Ungleich
 geigt worden sind.
 Verschieden beraten
 den heute von den ei
 Gemeindefraktion über
 Präsidenten überreicht

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.

Neuenbürg, 7. Nov.
 In Fällen von höherer
 mit Verletzung der Be
 der auf Wiederholung
 Bezugsposten.